

# Genstenberger Anzeiger

Nachrichtsblatt und Anzeiger für den Niederlausitzer Industriebezirk,  
insbesondere für den Amtsgerichtsbezirk Gensternberg  
Fernsprech-Anschlüsse: Gensternberg 498 und 510, Ruhland 207,  
Ortrand 48, Lautawerk 221



Tageszeitung für Stadt und Land  
Publikations-Organ für die Reichs-, Staats- und Kommunal-Behörden  
Geschäftsstelle: Gensternberg N.-L., Am Markt Nr. 11  
Druckerei: Laugkstraße Nr. 19

Verlag und Rotationsdruck von Gebrüder Grubanns Buchdruckerei in Gensternberg, Ruhland und Ortrand — Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger  
Redaktion Gensternberg Laugkstraße 19 — Berliner Redaktion: Berlin SW 61, Blücherstraße 12 — Fernruf: Fernwald 5011

162. Nr. 1933

Erscheint einmal wöchentlich (außer Sonn- und  
Feiertagen). Bezugspreis: In den Geschäfts-  
stellen und den Abholstellen monatlich 50 Pf., einzelne  
Nummern je nach Umfang 10 und 15 Pf., Einzel-  
exemplare 1,00 M. Auch den Zeitungsboten frei  
ins Haus geliefert monatlich 20 Pf., mehr durch  
die Post festsetzend.

Freitag, den 14. Juli 1933

Anzeigenpreis: Die empfangene Nummer-  
beile oder deren Raum 9 Pf., bei lokalen  
Anzeigen 6 Pf., für amtliche Anzeigen 20 Pf.,  
im Restamt 20 Pf., Stellenangebote 4 Pf.,  
Anzeigen mit Zustellerteilung oder Einzelab-  
nahme 20 Pf., mehr, keine Ausgabebelege sind  
bisher zu entrichten.

58. Jahrgang

Bei Wiederholungen von Anzeigen wird Rabatt gewährt, bei größeren und längeren Aufträgen umso größer nach feststehendem Tarif. Der Rabatt ist nur bei Barzahlung innerhalb 10 Tagen gültig, bei späterer Zahlung und bei Kontoführung erfolgt der Rabattanspruch. Für unentgeltlich geschickte Anzeigen Aufträge durch fremdreden sowie Erscheinung der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags, für größere Anzeigen am Tage vorher. Unentgeltlich eingehende Manuskripte werden, wenn kein Rückporto beigefügt ist, nicht zurückgeschickt. Am Platz von höherer Gewalt, Auslieferung, Betriebsstörung bei der Post oder sonstigen Umständen wird keine Haftung für den Inhalt des Zeitungsblattes übernommen.

## Nach dem Kampf der Frieden.

### Große Rede Hitlers

vor den Gauleitern und Treuhändern.

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit:  
Der Führer sprach zu den in der Reichsleitung ver-  
sammelten Gauleitern, Treuhändern der Arbeit  
und Landesobleitern der Betriebszellenorgani-  
sation über politische und wirtschaftliche Fragen. Die  
Zusammenkunft wurde geleitet vom Stellvertreter des Führers,  
Adolf Gehl. Anwesend waren u. a. auch Reichswirt-  
schaftsminister Schmidt und Reichsarbeitsminister  
Seibitz.

In seiner zweieinhalbstündigen großen Rede brachte  
Adolf Hitler einleitend zum Ausdruck, daß die ge-  
waltige unwiderrückliche Zeit, in der wir leben, für unser Volk  
von reichstem Segen sein werde, wenn die weitere Ent-  
wicklung und Aufbauarbeit ebenso planmäßig verlaufe wie  
die Vorbereitung und Durchführung der nationalsozia-  
listischen Revolution bisher. Im Bewußtsein der Macht, die  
uns niemand mehr nehmen könne, seien wir in der Lage,  
nunmehr auch die gesamte kommende Entwicklung zu  
übersehen und planmäßig zu bestimmen.

„Wir haben durch den Kampf das Land erobert,  
jetzt müssen wir es durch Frieden besitzen.“

Die politische Macht habe man schnell und in  
einem Zuge erobert müssen, auf dem Gebiete der Wirt-  
schaft aber wären andere Entwicklungsgehalte maß-  
gebend.

Hier müsse man Schritt für Schritt vorwärtsgehen,  
ohne das Bestehende radikal zu zertrümmern und unsere  
eigene Lebensgrundlage zu gefährden. Mit bürokratischen  
Konstruktionen könne man die deutsche Wirtschaft nicht  
aufbauen. Die Ausnutzung der individuellen Fähigkeiten  
habe uns groß gemacht und nur durch sie könne auch unser  
großes Wiederaufbauprogramm zum Erfolge kommen. Wenig-  
gung der höheren Arbeitsleistung unter die mindere

Arbeitsleistung werde nicht geduldet. Das fordere das  
Wohl des deutschen Volkes.

Im Rahmen dieser Grundzüge die Interessen  
der Gesamtheit wahrzunehmen, das sei das Pro-  
blem, das uns zur Lösung gestellt sei. Wie auf politischem,  
so könne man auch auf wirtschaftlichem Gebiet Befugnisse  
und Rechte nur herleiten aus der Leistung. Das  
Tempo unserer Einwirkung auf die Wirtschaft und die  
Stellenbesetzung in der Wirtschaft sei daher abhängig  
von der

### Heranbildung eines wirtschaftlichen Führernachwuchses.

Die Betriebsämter gewisser Organisationen auf diesem  
Gebiete sei noch keineswegs der Beweis dafür, daß dieser  
Nachwuchs bereits vorhanden sei.

Es sei Grundtat der NSDAP, eine Stelle nicht eher  
neuzubesetzen, solange nicht eine fähigere, durch Leistungen  
erprobte Persönlichkeit zur Verfügung stehe.

Wer nur an die Vergangenheit denke und sich  
nicht mit der Zukunft beschäftige, sei ein schlechter  
Nationalsozialist. Was ihn, den Führer, wirtschaftlich  
interessiere, sei allein die Zukunftsaufgabe, das deutsche  
Volk wieder in Arbeit zu bringen und seine  
volle Konjunktur wiederherzustellen.  
Deshalb habe er auch mit Genugtuung Kenntnis ge-  
nommen von der Anerkennung, die Deutschlands bis-  
herige Leistungen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit  
fürzlich in Genf gefunden habe.

Der Führer behandelte im weiteren Verlauf seiner  
Rede dann

### außenpolitische Fragen.

Im Rahmen der Friedenspolitik des neuen Deutschlands  
sei auch das Konkordat mit der katholischen  
Kirche, die den nationalsozialistischen Staat damit  
offiziell anerkenne, von Bedeutung. In diesem Zu-  
sammenhang wies er auf die neue evangelische  
Kirchenverfassung hin und erwähnte, daß am  
übernächsten Sonntag die evangelischen Kirchenwahlen  
stattfinden würden. Zum Schluß feinschmiedete der  
Führer in einleitenden Ausführungen die

verschieden gearteten Aufgaben von Regierung und  
Partei.

Die große und entscheidende Aufgabe der Partei sei die  
Erziehung des deutschen Menschen, Aufgabe  
der Regierung, das Leben der Nation inkon-  
tinentell in Gang zu halten. Die Synthese zwischen  
dem idealistischen Nationalsozialismus und den realen  
Erfordernissen der Wirtschaft gelte es zu verwirklichen.

Er kapitulierte bei allem, was er tue, nur vor der  
Vernunft. Er habe den Ehrgeiz, ohne Rücksicht auf  
Augenblicksstimungen etwas zu schaffen, was der Kritik  
der Nachwelt standhalte. Die Partei habe 14 Jahre lang  
keine Konzessionen an die Populartät gemacht, 14 Jahre  
lang an die Perspektiven gedacht und 14 Jahre lang eine  
beispiellose Disziplin geübt. Wenn wir in Zukunft nach  
diesen bewährten Grundrissen der Partei handelten, dann  
werde der Erfolg gewaltig und ein Rückschlag für das  
deutsche Volk nicht mehr denkbar sein.

### Hindenburg dankt dem Kanzler.

Für das Friedenswort  
in der Evangelischen Kirche.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den  
Reichskanzler Adolf Hitler folgendes Telegramm ge-  
richtet:

„Mit großer Freude entnehme ich aus Ihrem  
Telegramm, daß das Versammlungswort für die Deutsche  
Evangelische Kirche fertiggestellt und der Kirchenkon-  
sult in Preußen beigelegt ist. Für diese erfolg-  
reiche Arbeit um die Wiederherstellung des Friedens  
innerhalb der Evangelischen Kirche sage ich Ihnen wie  
auch dem Reichsminister des Innern, Dr. Frick, von  
Herzen Dank.“

Mit freundlichen Grüßen gez. von Hindenburg,  
Reichspräsident.“

Als neuer Leiter der Reichsführerschule der  
NSDAP, die Reichskanzler Adolf Hitler fürzlich ein-  
geweiht hat, wurde Dr. Winter aus Düsseldorf bestellt.

## Schärfste Bekämpfung jeder Sabotage am nationalsozialistischen Aufbau.

Erlasse des preussischen Justizministers.  
Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat  
der preussische Justizminister mehrere Erlasse herausge-  
geben, in denen es u. a. heißt:

Zu der in der Zukunft zu leistenden Aufbauarbeit ge-  
hört die Verfestigung der Einheit von Volk, Staat, Recht  
und Rechtsprechung. Die Staatsanwaltschaften  
sind deshalb angewiesen, alle Fälle, die eine Auf-  
lehnung gegen den Führer oder eine Sabotage  
des nationalsozialistischen Aufbaues darstellen, mit größter  
Energie, Schnelligkeit und Schärfe zu be-  
arbeiten.

Jeder Versuch einer Sabotage muß mit den schärfsten  
Maßnahmen, gegen wen immer, geahndet werden. Über  
jeden Versuch der Sabotage des nationalsozialistischen  
Aufbaues ist dem Justizminister, unabhängig von so-  
fortiger beschleunigter Bearbeitung, zu berichten.

In einem weiteren Erlaß führt dann der preussische  
Justizminister die einzelnen Strafbestimmungen an,  
auf die Sandbänke zur Bekämpfung von Sabotageakten  
fallen. Jedem unbefugten Eingriff in die Maß-  
nahmen der Behörden und in die Aufgaben der Wirtschaft  
ist mit aller Schärfe entgegenzutreten. Wer unbefugt zu  
irgendwelchen Festnahmen schreitet, soll wegen Frei-  
heitsberaubung und Amtsanmaßung zur  
Verantwortung gezogen werden.

Ist die Freiheitsberaubung in der Absicht begangen,  
sich des der Freiheit Beraubten als Geißel im politischen  
Kampf zu bedienen, so kommt Anstiftung und unter Um-  
ständen Todesstrafe in Betracht.

Werden derartige Straftaten von Provokateuren in  
der Uniform oder unter dem Schutz der Abzeichen der  
nationalen Verbände begangen, so soll nach den Sonder-  
vorschriften der Verordnung vom 31. März 1933 ein-  
geschritten werden. Die Staatsanwaltschaften werden an-  
gewiesen, in diesen Straftaten, soweit möglich, Anklage  
vor dem Sondergericht zu erheben, soweit die Zuständig-  
keit des Sondergerichts nicht gegeben ist, Aburteilung im  
Schnellverfahren anzustreben.

## Die Bedeutung der Stunde.

Ein Aufruf des Wehrkreisführers Müller und des  
Kommissars Jäger.

Gott hat in diesen denkwürdigen Tagen das Wunder  
der Einigung in der deutschen evangelischen  
Kirche vollzogen. Denn es ist wie ein  
Wunder, daß die deutschen evangelischen Landeskirchen  
allen geschichtlichen Streit der Verschiedenheit der Bekennt-  
nisse, der deutschen Grundlichkeit und Bedenklichkeit zum  
Trotz zu einer einigen deutschen evangelischen Kirche sich  
vereint haben. Diese Kirche vereint, wie es in ihrer Ver-  
fassung heißt, die aus der Reformation erwachsenen gleich-  
berechtigt nebeneinanderstehenden Bekenntnisse in einem  
feierlichen Bunde und bezeugt dadurch ein Volk und  
einen Geist, ein Herz, ein Glaube, eine Taufe, ein Gott  
und Vater unser aller.“ Im gläubigen Hinblick auf das  
große Ziel haben auch die verantwortlichen Männer des  
Staates ihre vorordnete Aufgabe erfüllt. Menschliche Kurz-  
sichtigkeit gab den unmittelbaren Anlaß zum Eingreifen  
des Staates, das nie anders als ein ordnendes und  
heilendes Gedacht war und von dieser vorbestimmten  
Einie auch nicht abgewichen ist. Niemand dachte der Staat  
daran, auch nur im geringsten in die Substanz der Kirche  
einzugreifen. Es galt vielmehr, lediglich die Voraussetzungen  
zu schaffen, welche, dann vorhanden, der Kirche er-  
möglichten, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen und  
ihren Aufbau nach den ihr eigentümlichen Gesetzen zu  
gestalten.

Es ist Großes erreicht worden. Es ist nicht  
nur der unselbige Streit über eine Personfrage  
mit einem Schläge beseitigt, es ist auch über alles Er-  
warnten und Hoffen hinaus in freiwilliger Zusammen-  
arbeit aller Kirchen und verantwortlichen Männer des  
Verfassungswertes für die große Einheits-  
kirche fertiggestellt worden, ein Werk, das in aller Stärke  
die feierliche Bestätigung durch das Deutsche Reich  
erhalten und dadurch in das Rechts- und Kulturleben des  
deutschen Volkes einzuhaufen sein wird.

Dieser Erfolg eilt den ursprünglichen Absichten, das  
Verfassungswort durch neugebildete kirchliche Körper-  
schaften befähigen zu lassen, weit voraus. Es lag deshalb  
der Gedanke nicht fern, das rasche geschichtliche und recht-  
liche Werden forderte vielmehr geradezu, nun zu allem  
durch das Volk ein gläubiges und freudiges  
Ja sprechen zu lassen. Dadurch werden alle bisherigen  
Maßnahmen in eine höhere Sphäre der Vollständigkeit  
erhoben. Wenn die Stimme des wirklichen Volkes wie die  
Stimme Gottes zu betradten ist, so wird das Volk bei  
dieser Fortführung der Dinge jedes kleinliche Zagen und  
Bedenken in allen seinen Gliedern zurückstellen. Es wird  
trotz der Tatsache, daß der Knoten der Verwirrung mit  
einem Schwertschlag gelöst wurde, mit Dank an Gott an-  
erkennen, daß alles bisherige zum dem Ziele gebiert hat,  
Volk und Kirche, die in vielfacher und großer Ent-  
fernung gegeneinander standen, wieder zueinanderzu-  
führen. Das Volk soll es selbst sein, das in das zu Gottes  
Ehre gebaute Haus in festlicher Freudigkeit einzieht.

Dies ist der Sinn der Wahlen, zu denen das ganze  
deutsche evangelische Kirchenvolk in kürzester Frist schreiten  
soll. Es ist ein Sinn, der hoch über jedem parlamentarisch-  
demokratischen Brauch steht. Die Wahlen sind das Siegel,  
das dem vollendeten Werk aufgedrückt werden soll. Das  
evangelische Kirchenvolk ist deshalb auf-  
gerufen, im Verlehen der geschichtlichen  
Stunde und der Wege, die uns Gott durch  
den Aufbruch der Nation hindurch bis  
heute geführt hat, das Reich und die Pflicht  
zu erfüllen, sich selbst für das letzte Ziel  
einzusetzen.

Berlin, 12. Juli 1933.

Der Bevollmächtigte des Reichskanzlers:

Dr. Wehrkreisführer Müller.

Der Kommissar für die Evangelischen Landeskirchen  
in Preußen:  
gez. Jäger.